



Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Kein Autobahnkreuz **mitten** im Wohngebiet
Keine Bundesfernautobahn A66 **quer** durch Frankfurt
Integriertes **Gesamtverkehrskonzept** - Jetzt!

AUA • c/o Ardelt-Theeck • Leuchte 35a • 60388 Frankfurt/Main

An den
Oberbürgermeisterkandidaten der CDU
Herrn Boris Rhein

Kontaktadresse:

Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35 a
60388 Frankfurt / Main

Tel: 06109 - 367 51
Mobil: 0151-16559854
ardelt-theeck@molochautobahn.de
www.molochautobahn.de

Datum: 15. März 2012

Offener Brief

Vollausbau der Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, A 66 Riederwaldtunnel, Autobahnkreuz Frankfurt Ost

Aktionsbündnis fordert Klarstellung von OB-Kandidaten - Wahlprüfsteine zur Frankfurter Oberbürgermeisterwahl 2012 -

Sehr geehrter Herr Rhein,

wir bedanken uns zunächst für Ihre recht ausführliche Antwort auf unsere Wahlprüfsteine und gratulieren Ihnen außerdem zu Ihrem recht guten Ergebnis im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl 2012. Im Hinblick auf die kommende Stichwahl können wir Ihre gegebene Antwort aber nicht so stehen lassen, wirft sie doch viele Fragen auf und beinhaltet zu dem erhebliche Widersprüche, die es im Interesse der Wählerinnen und Wähler, die auch Sie für Ihre Wahl überzeugen wollen, klar zu stellen gilt. Darüber hinaus blieben bestimmte Fragen unbeantwortet.

Es geht in unserem Schreiben und in unserer Haltung nicht darum, dass die Autobahnen nicht gebaut werden sollen, auch wenn die Mehrheit unserer Unterstützer dies sicherlich begrüßen würden. Die Autobahnen wären ja wohl schon längst gebaut bzw. in Betrieb, wenn eine vernünftige Planung zu Grunde liegen würde. Dies war und ist bis heute leider aber nie der Fall gewesen. Im Gegenteil. Es sollte also auch in Ihrem Interesse und in dem aller Befürworter sein, schnellstens dafür zu sorgen, endlich diese Planung auf eine solide Grundlage zu stellen. Noch ein „Landeplanproblem“ braucht in Frankfurt niemand mehr! Die Menschen im Frankfurter Osten wollen aber keine Versuchskaninchen sein für unverantwortliche Verkehrsexperimente!

Sie stellen in Ihrem Schreiben fest, „beim Bau des Riederwaldtunnels mit dem Vollausbau der Ostumgehung muss der Lärmschutz für die anliegenden Stadtteile und deren Bewohner gewährleistet sein.“ Gleichzeitig halten sie auch fest, „die Plausibilität der Gutachten zur Lärm- und Schadstoffbelastung ist Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens, deswegen sehe ich keine Notwendigkeit für die Beauftragung eines zusätzlichen Gutachtens durch die Stadt.“ Wie können Sie so eine Feststellung treffen? Haben Sie die Unterlagen persönlich in Augenschein genommen?

Schon ihr weiterer Hinweis, „durch die ergänzenden Lärmschutzmaßnahmen haben Bund und Land die Belastungen für die Stadtteile Bornheim, Seckbach und Riederwald nochmals bedeutend reduziert“, beweist doch schon, dass die Planung keinesfalls in Ordnung bzw. ausreichend war. Diese „ergänzenden Maßnahmen“ gehen im Wesentlichen auf die von betroffenen Anwohnern an das Land Hessen gestellten Rechtsanträge zurück. Die diesen „ergänzenden Maßnahme“ zu Grunde liegenden Lärmberechnungen offenbaren – entgegen aller von Offizieller Seite geäußerten Beschwichtigungen - eklatante Grenzwertüberschreitungen.

In unserem ersten Schreiben aus dem Februar an Sie, weisen wir in diesem Zusammenhang auch auf die Absicht der Hessischen Straßenverkehrsbehörde HessenMobil hin, noch dieses Jahr eine neue Verkehrsuntersuchung mit dem Prognosehorizont 2025 in Auftrag zu geben. Damit muss die Behörde erneut einer von uns lange vor dem erlassenen Planfeststellungsbeschluss A 66 Tunnel Riederwald aufgestellten Forderung entsprechen. Diese Forderung ist nicht zufällig auch inhaltlicher

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. •

Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35a
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 - 367 51

Spendenkonto
8032691540
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67

Regelmäßige Treffen:
- monatlich -
für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de



Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Kein Autobahnkreuz **mit**ten im Wohngebiet
Keine Bundesfernautobahn A66 **quer** durch Frankfurt
Integriertes **Gesamtverkehrskonzept** - Jetzt!

- 2 -

Teil der beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängigen Klagen, die bis heute noch überhaupt nicht verhandelt wurden. Dieses Vorgehen noch im Vorfeld der eigentlichen Gerichtsverhandlung in Kassel sind doch hinreichender Beleg dafür, dass die von Ihnen festgestellte Plausibilität der Planfeststellungsunterlagen so nicht aufrecht zu erhalten ist.

Diese Verkehrsuntersuchung macht wiederum neue Lärm- und Schadstoffberechnungen erforderlich, die allesamt Grundlage für neue Planänderungsverfahren für die beiden Autobahn A 66 und A 661 bilden werden, deren Beschlüsse sicherlich nicht vor 2014 zu erwarten sind. Schon aus diesem Grund verbietet sich jegliche Eile hinsichtlich der Vorbereitungsarbeiten.

Wie Sie sehen, erkennt selbst die Hessische Straßenbaubehörde inzwischen im Gegensatz zu Ihnen die „Notwendigkeit für zusätzliche Gutachten“ an. Doch diese Tatsache ist auf die von uns und von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern veranlassten - und auf Spendenbasis finanzierten - fachlichen und juristischen Überprüfung der Gutachten zurückzuführen, die entscheidende Mängel der Planung offenbarten. Alle diese Maßnahmen der Bürgerinitiativen haben keine rein privaten Schutzanliegen, sondern dienen allesamt dem Allgemeinwohl und selbstverständlich letzten Endes auch den betroffenen öffentlichen bzw. städtischen Einrichtungen. Insbesondere der inzwischen geplante immer noch nicht ausreichende Lärmschutz für die Hallgartenschule, die städtische Förderschule am Bornheimer Hang, direkt neben den künftigen 180.000 Kfz/24h des Autobahndreiecks Erlenbruch ist nachweislich der Intervention der Bürgerinitiativen und deren Sachverstand zu verdanken. Die Fachämter des Städtischen Planungsamts hatten in der städtischen Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren lapidar festgestellt, dass es gegenüber der Planung von städtischer Seite keine Bedenken gebe. Tatsächlich wurden die für Schulen geltenden Lärmgrenzwerte drastisch überschritten! Aber was ist denn bitte schön die Aufgabe des Städtischen Planungsamts?

Was brauchen Sie denn noch für Belege dafür, dass die Stadt Frankfurt schon im Interesse der eigenen betroffenen Einrichtungen und zum Schutze ihrer Bevölkerung endlich die Planung kritisch zu begleiten hat. Immer wieder wundern sich Bedienstete der Landesbehörde nicht nur unter vorgehaltener Hand über die Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit der Stadt Frankfurt bei der Autobahnplanung!

Die Tatsache, dass auch die uns nun non HessenMobil zur Verfügung gestellten neuen Berechnungen schon wieder eklatante Fehler in den Berechnungen aufweisen, bringt das Fass aber jetzt endgültig zum Überlaufen. Doch auch dieser Nachweis kostet uns wieder Tausende von Euro für die fachliche und juristische Begleitung. Wie kommen wir dazu? Und wir werden dies auch nicht weiter hinnehmen. So geht das jetzt schon seit dreißig Jahren und ein Ende ist nicht in Sicht. In Ihrem Schreiben stellen Sie fest:

„Die Planung und Umsetzung der Einhausung ist kein kurzfristig zu verwirklichendes Vorhaben, sondern wird einen längeren Zeitraum beanspruchen. Angesichts der dringend erwarteten Entlastungswirkung ist es daher nicht sinnvoll, die Bauarbeiten für den Tunnel und den Ausbau der Ostumgehung zu stoppen und mit dem Baubeginn für eine Einhausung zu verknüpfen. Aus diesem Grund hat auch die schwarz-grüne Koalition im Römer beschlossen, die von der Stadt herzustellende zusätzliche Lärmschutzwand auf der Bornheimer Seite unabhängig von einer künftigen Einhausung zu bauen. Damit besteht auch schon bis zum Bau der Einhausung ein wirksamer Lärmschutz für die Anwohner.“

Das bedeutet, dass Sie es also für sinnvoll halten, jetzt die Autobahn erst für rund 300 Millionen Euro Steuergeldern aus- bzw. neu zu bauen, um dann kurz nach Eröffnung diese wieder zu Bausstellen zu machen und die Einhausungen nachträglich möglicherweise verbunden mit komplizierten Umbauten unter teurem Aufwand zu integrieren. Schon jetzt hat das Land Hessen beim Ausbau der Seckbachtalbrücke wie auch der Erlenbruchbrücke sich womöglich ein „Eigentor geschossen“ indem die Behörde in dem jüngsten Gutachten einräumt, dass aus statischen

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. •
Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelth-Theeck
Leuchte 35a
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 - 367 51

Spendenkonto
8032691540
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67

Regelmäßige Treffen:
- monatlich -
für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de



Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Kein Autobahnkreuz **mitten** im Wohngebiet
Keine Bundesfernautobahn A66 **quer** durch Frankfurt
Integriertes **Gesamtverkehrskonzept** - Jetzt!

- 3 -

Gesichtspunkten eine Einhausung nicht möglich sein kann. Dies geschah allerdings auf eigenes juristisches Risiko und ohne jeglichen Grund, da eine Fertigstellung, welche offiziell für 2010 vorgesehen war, im Augenblick überhaupt nicht absehbar scheint. Selbst das neu gesteckte Ziel 2016 ist mehr als fraglich

Und warum werden seitens der Stadt Frankfurt denn jetzt schon Pazellen entlang der Autobahn A 661 für die Planung der Einhausung gekündigt, wenn es laut Ihrer Aussage noch ewig dauern wird? Darüber hinaus stellen Sie fest:

„Angesichts der schwierigen Finanzlage auch des Bundes bin ich aber realistisch genug zu wissen, dass die Einhausung überwiegend aus städtischen Mitteln finanziert werden muss.“

Der Bund hat für die Einhaltung der Grenzwerte zu sorgen und die dafür notwendigen Kosten zu tragen. Selbstverständlich ist es auch die Pflicht der Stadt Frankfurt zu kontrollieren, dass der Bund für einen optimalen Schutz sorgt und sich eben nicht mit Billiglösungen - noch dazu nachweislich auf Basis unhaltbarer Gutachten - wie bisher üblich aus der Affäre ziehen kann.

Wie lange wollen Sie die Bevölkerung mit „billigen unzureichenden Provisorien“ abspeisen? Ganz davon abgesehen, dass ein Großteil der Bevölkerung durch diese „ergänzenden Maßnahmen“ nachweislich gar nicht geschützt werden kann, insbesondere am Bornheimer Hang und im Riederwald.

Am Schluss Ihres Schreibens weisen Sie noch ergänzend darauf hin:

„die Einhausung der A661“ ist „im Bereich von Bornheim und Seckbach, dazu auch noch die Potentialanalyse für den Abschnitt bis zum Riederwald, ein gewaltiger finanzieller Kraftakt. Ich sehe daher keine Möglichkeit, auch noch eine Einhausung der A66 bis zur Stadtgrenze zu Maintal ins Auge zu fassen.

Warum verwerfen Sie diese begründete Forderung von vorne herein, ohne wie bei der A 661 ebenfalls Nutzen und Chancen und ergänzende Finanzierungsmöglichkeiten wie etwa ein Sonnenkraftwerk auf der Autobahn mit einzubeziehen? Und welchen Schutz sehen Sie denn für diesen Bereich als Alternative vor? Und wer kümmert sich darum? Wieder wir Bürgerinnen und Bürger? Schließlich sind für diesen Abschnitt keinerlei Schutzmaßnahmen vorgesehen. Es wird aber gegenüber heute eine Verfünfachung des Verkehrs und vor allem nachts Transitverkehr geben. Heute sagen sich auf diesem Abschnitt der A 66 nachts noch die Füchse gute Nacht!

Zu unserem großen Unverständnis gehen Sie in Ihren Ausführungen mit keinem Wort auf das von uns plausibel dargelegte und in keiner Weise abstreitbare enorme Verkehrsproblem ein. Zumal Sie selbst feststellen:

„Der Riederwaldtunnel gemeinsam mit dem Vollausbau der A 661 wird zu dieser Entlastung führen, deswegen unterstütze ich dieses Projekt ausdrücklich.“

Ihrer Feststellung können Sie doch schon zu entnehmen, dass die von Ihnen gewünschte bzw. erwartete Entlastung, wie sie es selbst ausdrücken, den vollständigen 6-8-spurige Riederwaldtunnel und die 8-Spurige ausgebaute Ostumgehung A 661/A 66 voraussetzt. Nicht zuletzt aufgrund des fehlenden Alleentunnels zweifeln wir die Funktionsfähigkeit dieses Anschlusses schon bei Erfüllung des Vollaubaus an. Und dann wollen Sie die Einhausung erst nach Fertigstellung bei Schließung der dann gerade neu gebauten zweiten Fahrbahn realisieren?

Dies entspräche exakt, wie in unserem vorausgegangenem Brief geschildert, dem heutigen Zustand der A 661 bzw. Ostumgehung Frankfurt zwischen den Anschlussstellen Friedberger Landstraße und Frankfurt-Ost, wo seit 1995 der gesamte Autobahnverkehr wie auf einer normalen Baustelle auf nur einer vorhandenen Richtungsfahrbahn abgewickelt wird. Wie soll hier dann noch der zusätzliche Verkehr der A 66 (ca. 100.000 Kfz/24 h!) bewältigt werden? Das erscheint geradezu aberwitzig.

Erst Recht am Autobahndreieck Erlenbruch mit seinen Rampen, was ohne Stilllegung bestimmter Verbindungen über einen langen Zeitraum schlicht unmöglich ist. Wo bleibt dann ihre

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. •
Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardel-Theeck
Leuchte 35a
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 - 367 51

Spendenkonto
8032691540
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67

Regelmäßige Treffen:
- monatlich -
für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de



Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Kein Autobahnkreuz **mitten** im Wohngebiet
Keine Bundesfernautobahn A66 **quer** durch Frankfurt
Integriertes **Gesamtverkehrskonzept** - Jetzt!

- 4 -

Entlastungswirkung? Es wird nichts mehr laufen, weder auf der A 661 noch auf der A 66. Nehmen Sie das billigend in Kauf? Kommen Sie uns bitte jetzt nicht mit, „dass wird schon nicht so schlimm werden“ oder ähnlichen Beschwichtigungen.

Für uns steht fest, wer die Einhausung nicht vorher planen und mit dem Autobahnbau gleichzeitig bauen lässt, handelt in dreifacher Hinsicht im höchsten Maße verantwortungslos. Er vergeht sich an der betroffenen Bevölkerung, gefährdet die Existenz städtischer Einrichtungen und sorgt für eine Steuergeldverschwendung ersten Ranges.

Wir bleiben dabei, wenn die Stadt Frankfurt und Sie als möglicher künftiger Oberbürgermeister die Planung für die Einhausungen ernst meinen, wovon wir selbstverständlich ausgehen wollen, muss die Stadt und müssen Sie als möglicher neuer Oberbürgermeister diesen auch Taten folgen lassen und gegenüber dem Bund und dem Land Hessen entschlossen für einen Aufschub des Baubeginns im Riederwald eintreten. Ein Autobahnkreuz im Wohngebiet ist heute auch rechtlich nur noch bei kompletter Einhausung vertretbar.

Selbstverständlich muss die Hessische Straßenbaubehörde, aber auch die Stadt Frankfurt damit rechnen, dass unsere Klagen bzw. der von uns eingeschlagene Rechtsweg weiterhin Erfolg zeitigen und der Bau nicht vorankommen wird, weil die Planungsbehörde alles unternimmt, den Betroffenen ihren gesetzmäßig vorgeschriebenen Schutz vorzuenthalten. Vieles deutet darauf hin.

Unter diesen Umständen im Riederwald für bis zu zwanzig Jahre eine brachliegende Großbaustelle bzw. eine kahle, trostlose Bau- bzw. Verkehrswüste zu riskieren, ist völlig unverständlich und verantwortungslos und steht auch im krassen Gegensatz zum Ziel Green-City.

Sie wollen gewählt werden und Oberbürgermeister aller Frankfurter werden, dann zeigen Sie den Autobahnkritikern wie auch den Befürwortern, dass Sie die mit dem Autobahnbau verbundenen Bedenken und die Hoffnungen wirklich ernst nehmen und sorgen Sie endlich für eine Planung aus einem Guss. Dazu ist ein Moratorium unausweichlich! Holen Sie alle Beteiligten an einen Tisch!

Nur wenn Sie bereit sind, gegenüber der Hessischen Planungsbehörde und dem Bund als Bauträger ein Machtwort zu sprechen und eine stichhaltige und sattelfeste Planung zu fordern, die den Schutz der Bevölkerung wirklich ernst nimmt, werden Sie die OB-Wahl gewinnen können. Es wäre ein Bärendienst für die Demokratie und würde der Politikverdrossenheit weiter Vorschub leisten, wenn Sie der Bevölkerung jetzt weiter vorgaukeln, „jetzt geht der Bau aber endlich los“ und es passiert wieder Jahre nichts. Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten bereits ein immenser kaum wieder gut zu machender Flurschaden entstanden! Und das vor allem auf Kosten von uns Betroffenen, die als Prügelknaben und ideologisches Feinbild erhalten müssen!

Abschließend bitten wir Sie noch um Klarstellung, ob Sie - wie von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen - alles für die Streichung der Projekte A 66 Alleentunnel samt oberirdischer Autobahnspange (von der Friedberger Landstraße/Rat-Beil-Straße) und Autobahndreieck Seckbach A 66/A 661 aus dem Bundesverkehrswegeplan und für die Aufhebung dieses Planfeststellungsbeschlusses unternehmen werden.

Angesichts der gebotenen Eile bitten wir um eine baldige Antwort. Ihre Antwort werden wir dann noch rechtzeitig vor der Wahl veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Friedhelm Ardelt-Theeck

Vorstandsmitglied der Bürgervereinigung Nordend e.V.

und Sprecher des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn

Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn: U.a. Bürgervereinigung Seckbach e.V. • Bürgervereinigung Nordend e.V. • Anwohnerinitiative Günthersburgpark • Die Falken Riederwald • VCD-Frankfurt • BUND-Frankfurt • u.a. •

Infos: www.molochautobahn.de

c/o Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35a
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 - 367 51

Spendenkonto
8032691540
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ 430 609 67

Regelmäßige Treffen:
- monatlich -
für Interessierte und Aktive
news@molochautobahn.de